

Samstag, 31. Oktober 2020

Windräder sorgen für verbalen Sturm im Parlament

WEILROD Absichtserklärung zum Bau neuer Anlagen findet Mehrheit – Gegnern geht es zu schnell

900 000 Euro Einnahmen per anno, 22,5 Millionen Euro auf 25 Jahre – dafür würden vier neue Windkraftanlagen auf den im Teilplan Erneuerbare Energien ausgewiesenen Vorrangflächen im Gebiet Laubus-Hartmannsholz, Emmershausen, Hasselbach und Riedelbach stehen. So sie denn gebaut werden. Die Weilroder Gemeindevertretung hat dafür am Donnerstag erste Weichen gestellt, sich dabei aber teilweise sehr schwer getan.

Denn es gab nicht nur vonseiten der SPD heftigen Gegenwind in der Sache, sondern auch persönliche Angriffe und gegenseitige Vorwürfe, im Kampf für oder gegen die Windmühlen nicht die Wahrheit zu sagen. Bürgermeister Götz Esser (FWG) fuhr regelrecht aus der Haut, mahnte Armin Klimmek (SPD), bei der Wahrheit zu bleiben. Klimmek war sogar bereit, bei allem was ihm heilig sei, zu schwören, dass er die Wahrheit sage.

SPD sieht noch keine Notwendigkeit

Geklärt werden konnte es nicht, dazu wollte Esser gestern noch einmal mit seinem Weilmünsterer Kollegen Mario Koschel (parteilos) telefonieren, um zu erfahren, was dieser wirklich in der legendären Versammlung in Wolfenhausen in Bezug auf die Weilroder Windkraftpläne gesagt hat. Die Befürworter weiterer Anlagen auf Weilroder Boden hatten stets argumentiert, Weilmünster und Hessen Forst seien Weilrod bei der Windkraftplanung weit voraus, und Weilrod sei angesichts der zu erwartenden Pachteinnahmen und den Corona-bedingten finanziellen Verwerfungen in den kommenden Gemeindeetats



Alle vier Windkraftanlagen des Windparks Kuhbett sind von Hasselbach aus gut zu sehen. Weitere sollen hinzukommen.

FOTO: SCHNEIDER

schlecht beraten, nicht eigene Räder dazuzustellen. Klimmek hingegen behauptet, Weilmünster reagiere nur auf die Weilroder Pläne, Weilrod presche vor, das habe Koschel in der turbulenten Sitzung so gesagt.

Zur Abstimmung stand am Donnerstag eine Absichtserklärung, vorgeschlagen vom Gemeindevorstand, wonach die Gemeinde Weilrod mit den beiden Windradherstellern RES und Abo Wind über die Verpachtung von Flächen für bis zu fünf Windräder auf den Vorrangflächen verhan-

deln soll. Auf der Vorrangfläche 1136 (Laubus-Hartmannsholz bei Emmershausen) sollen elf bis zwölf Anlagen von Weilmünster, Weilrod und Hessen Forst gebaut werden können, auf der Erweiterungsfläche des Riedelbacher Windparks (Flächen 6802 und 7702) weitere bis zu zwei Räder.

Mit den Firmen sei bereits über Jahrespachten, 225 000 Euro pro Standort, gesprochen worden, außerdem über Zusatzleistungen wie das Verlegen von Leerrohren für Breitbandkabel, regional vergünstigten Strom, Garantien zum

Rückbau, Wiederaufforstung, Ablösung von Ökopunkten über die Gemeinde Weilrod sowie eine transparente Bürgerinformation.

SPD-Sprecher Stephan Wetzel erteilte den Plänen eine Abfuhr. Sie seien übereilt, wofür es keine Notwendigkeit gebe. Wetzel und Klimmek rieten eindringlich dazu, zunächst ausführlich zu beraten und die Ergebnisse der auch von FWG, CDU und Grünen geforderten Lärmprüfung (lesen Sie dazu den gesonderten Artikel) abzuwarten. Der Weilroder Windpark produziere schon doppelt so viel

Strom wie Weilrod überhaupt verbrauche, während die Kommunen im Vordertaunus bei sich keine Anlagen haben wollten.

Die Gemeinde haben ihren Beitrag zur Energiewende also geleistet und setzte sich durch den Bau weiterer Windräder der Gefahr aus, dass danach nur noch mehr Anlagen gestellt werden. Auch sei die Absichtserklärung juristisch nicht abstimmungsfähig, da sie die Verpachtung der Flächen bereits vor der Bürgerbeteiligung zementierte. FWG-Sprecher Markus Hammer griff den Einwand

auf und formulierte um. Danach soll nun nicht mehr beschlossen werden, „die Flächen... an die Firmen RES und Abo Wind zu verpachten“ und mit den Projektierern darüber eine Absichtserklärung abzuschließen. Stattdessen bekam der Gemeindevorstand, immer noch bei Gegenstimmen der SPD, den Auftrag, mit den Unternehmen unter fachanwaltlicher Beratung eine Erklärung über die „mögliche Verpachtung“ abzuschließen.

Konzept für Bürgerinformation

Beschlossen wurde ferner ein Konzept für die Bürgerinformation. Es soll zwei Präsenzveranstaltungen geben, gleichzeitig soll die Öffentlichkeit über Video-Streaming eingebunden werden. Der Änderungsantrag der SPD, die Absichtserklärung erst nach der Bürgerinformation abzuschließen, fand keine Mehrheit.

Zuvor hatte auch CDU-Sprecherin Elke Dielmann-Bargon, die die Aufnahme von Gesprächen mit den Herstellern begrüßt, erklärt, wie wichtig größtmögliche Transparenz sei. Akzeptanz in der Bevölkerung gebe es nur über eine umfassende Bürgerinformation.

ALEXANDER SCHNEIDER

Fackelumzug und ExGo abgesagt

Wehrheim – Der Fackelumzug zum Reformationstag, der von der Evangelischen Kirchengemeinde für den heutigen Samstag geplant war, muss ausfallen. Auch der besondere Kindergottesdienst (ExGo) kann am morgigen Sonntag nicht wie geplant starten. „Wir hoffen sehr, dass wir im neuen Jahr eine neue Chance bekommen“, heißt es dazu. Die Kinder- und Jugendgruppen machen bis mindestens Ende November Corona-Pause. Informationen gibt es im Gemeindebüro unter (06081) 952815 oder bei den beiden Gemeindepädagoginnen per E-Mail unter doreen.bosien@ekhn.de und tabea.knabe@ekhn.de sowie telefonisch unter (06081) 952826. red

Mainova berät Kunden mobil

Wehrheim – Mainova ist in der Region unterwegs, um Kunden vor Ort zu beraten. Das Main-Info-Mobil des Unternehmens kommt am Freitag, 6. November, nach Wehrheim, wo es von 9.15 bis 12.15 Uhr am Neuen Rathaus, Dorfboorgasse 1, zu finden ist. Interessenten können sich von Mitarbeiter Jochem Häußner beraten lassen. Beratungstische sind mit Plexiglas zum Schutz ausgerüstet. Darüber hinaus gelten die üblichen Hygienevorschriften sowie Maskenpflicht. red

Anlagen am Kuhbett und bei Cratzenbach sollen nach Waldrodungen auf Schallemissionen geprüft werden

Die Windkraftanlagen auf dem Kuhbett sind zu laut. Das sagen immer mehr Hasselbacher, und auch Bürger Cratzenbachs klagen über Lärmbelästigung. Verstärkt werde der Lärm nicht zuletzt durch die nach der Rodung großer Borkenkäfer-Kalamitätsflächen fehlende Baumkulisse. FWG, CDU und Grüne wollen dem nachgehen. Sie forderten in einem gemeinsamen Antrag, mit dem Land

zu klären, inwieweit Schall-Messungen für die bestehenden Anlagen am Kuhbett und bei Cratzenbach geplant sind. Laut Landeserlass müssen alle genehmigten Anlagen binnen drei Jahren überprüft werden. Diese Frist läuft im Mai 2021 aus. Sollten keine Messungen geplant sein, müssten diese zwischen dem Land und den Windparkbetreibern vereinbart werden. Ziel

der Prüfung, so der Antrag, müssten Möglichkeiten sein, die Windräder bei besonders hoher Lärmbelastung insbesondere in der Abenddämmerung und im Winter abzuschalten, da es auch um Schattenwurf gehe. SPD-Sprecher Stephan Wetzel sagte, Abschaltungen würden womöglich die Pachtzahlungen reduzieren. Der Antrag greife zu kurz. Beim Abschluss künftiger Pachtverträge

müsse eine Klausel eingefügt werden, wonach sich die Gemeinde als Verpächter Einflussnahme in Bezug auf mögliche Abschaltungen sichern soll. Der Änderungsantrag der SPD wurde abgelehnt. Unnötig, befand die FWG. Neue Anlagen seien so konzipiert, dass es zu keinen über die genehmigten Schallpegel hinausgehenden Lärmbelastungen kommen kann.

Haltestellen-Umbau geht weiter

Weilrod – In Rod an der Weil. Winden, Finsterthal, Hasselbach und Neuweilnau sind die Bushaltestellen entsprechend den Vorgaben des Landes Hessen bereits barrierefrei umgebaut worden. Bürgermeister Götz Es-

Weitere Windräder möglich

Gemeinde Weilrod berät Pläne für Erweiterung bei Riedelbach, Standorte Hasselbach und Emmershausen / Konzept für Bürgerbeteiligung

Von Sabine Neugebauer

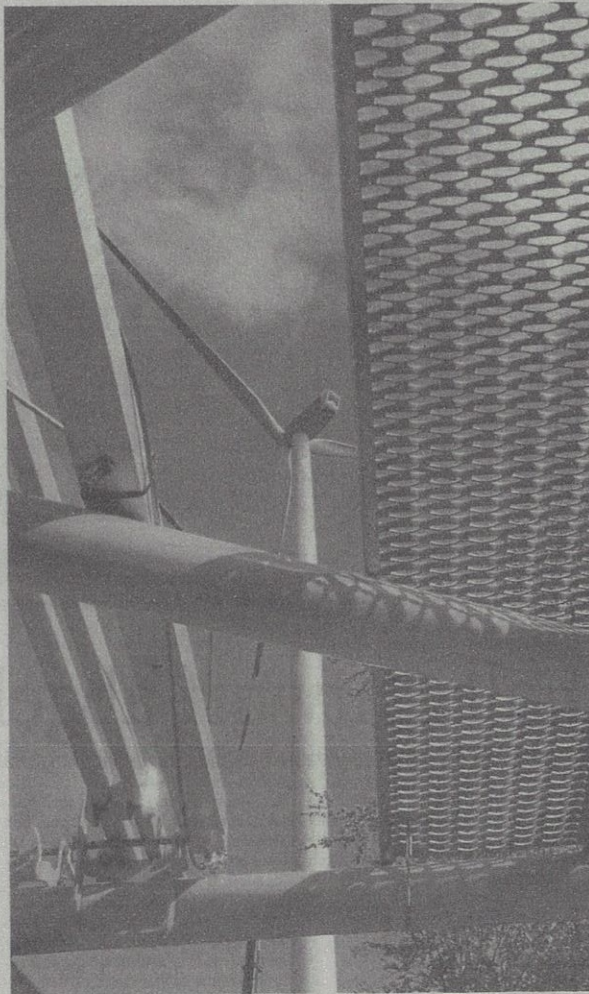
WEILROD (sn). Über das Für und Wider entbrannte ein heftiges Redegefecht: Denn die Weilroder Gemeindevertreter diskutierten am Donnerstagabend bei der jüngsten Parlamentssitzung im Bürgerhaus von Emmershausen wieder einmal über Windkraftanlagen. Im Vorfeld hatte die Weilroder SPD für diese Diskussion sogar die Aufhebung der Redezeitbegrenzung durchgesetzt. Und erst nach einer Sitzungsunterbrechung, in der ein neuer Beschlussvorschlag ausgearbeitet wurde, ging es weiter.

Worum ging es genau? Für die geplante Windparkfläche Laubus-Hartmannsholz (Vorranggebiet 1136) auf den Gemarkungsflächen der Gemeinden Selters/Ts. und Weilmünster hat die Firma RES-GmbH das Bieterverfahren von Hessen-Forst gewonnen. Hier auf der Fläche, die durch den Teilplan Erneuerbare Energien Mittelhessen als Windvorrangfläche festgesetzt wurde, können bis zu acht Windkraftanlagen errichtet werden.

Fünf Angebote

An diese Fläche schließt auf Weilroder Gemarkung die Vorrangfläche 8701 an, die mit dem Inkrafttreten des Teilplans Erneuerbare Energien in Südhessen am 20. Februar 2020 mit ausgewiesen wurde. Dort könnten zwei bis drei Windräder gebaut werden. Eine weitere Fläche bei Hasselbach ist das Vorranggebiet 7702, wo nur ein Windrad Platz hat. Beim Riedelbacher Windpark ist das Vorranggebiet 6802 erweitert worden, sodass hier zusätzlich bis zu drei Windräder errichtet werden können.

Nachdem die Gemeindevertreter im Juni den Beschluss gefasst hatten, mit Windkraftfirmen Kontakt aufzunehmen, wurden nach einer Vorauswahl fünf Angebote näher betrachtet. Nach Gesprächen mit den Projektierern, die



Weitere Windräder bei Riedelbach und auch bei Emmershausen auf Weilroder Gemarkung könnten gebaut werden.
Foto: SNeugebauer

unter anderem Fragen zu Themen wie Rückbausicherung, Beteiligung der Bürger aus Weilrod oder Bürgerstrom beinhalteten, empfahl die Verwaltung, die beiden Gebiete bei Emmershausen und Hasselbach an die Firma RES zu vergeben, die Erweiterung des Windparks bei Riedelbach an die Firma ABO-Wind.

Beide Firmen haben Zusagen in folgenden für Weilrod wichtigen Belangen gemacht: die Verlegung von Leerrohren auf den Trassen, wo dies für den Ausbau des Breitbandnetzes durch die Gemeinde gewünscht wird, eine Bürgerschaft für den Rückbau, der rückstandsfreie Rückbau der Anlagen, der Rückbau der Leitungen, wenn dies durch die Gemeinde gewünscht wird, die Bereitschaft zur Montage von Mobilfunkantennen an den Windkraftanlagen, vergünstigter Regionalstrom für Weilroder Bürger, ferner die Aufsetzung eines Bürgersparbriefs, Windsparsparbriefs oder Nachrangdarlehens, die ökologische Kompensation auf kommunalen Flächen in Weilrod, Ersatzaufforstungen in Weilrod für die kommunalen und die Hessen-Forst-Flächen, Bürgerinformation und Öffentlichkeitsarbeit in physischer und digitaler Form und schließlich die Maßgabe, dass Ökopunkte über die Gemeinde Weilrod abzulösen sind.

Willenserklärungen

Mit beiden Firmen soll zunächst ein „Letter of Intent“ (LOI), also eine Willenserklärung zu weiteren Verhandlungen, abgeschlossen werden. Und dieser ist nicht nur vom Gemeindevorstand abzusegnen, wie im ersten Beschlussvorschlag vorgesehen, sondern der LOI soll auch den Gemeindevertretern zum Beschluss vorgelegt werden. Gleichzeitig wurde ein Konzept für die Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung vorgelegt und beschlossen. Diese soll aber erst dann erfolgen, wenn erste Planungen vorliegen.

SPD: Ohne Bürgerentscheid keine weiteren Windräder

WEILROD Genossen kritisieren festgelegte Abfolge, mangelnde Information und vermeintlich falsche Aussagen

Der Absicht, weitere Windräder auf Weilroder Gemarkung zu errichten, stellt sich die SPD entgegen. Außer die Bürger würden selbst mehrheitlich dafür stimmen. Die Genossen erinnern dabei an einen Beschluss, der am 1. Juni 2017 getroffen wurde.

So hieß es nach der Kooperation mit Abo Wind und dem Bau von sieben Anlagen zwischen Cratzenbach und Riedelbach, dass es mit dieser Anzahl genug sein solle. „So wurde das Gesamtprojekt den Weilroder Bürgern in öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt, diskutiert und von den Bürgern mehrheitlich getragen. Aus den Reihen der FWG sei dann verkündet worden „Mit diesen sieben Windrädern hat Weilrod für die Energiewende seine Pflicht und Schuldigkeit getan, mit der FWG wird es in Weilrod keine zusätzlichen Windräder geben.“

Dramatische Folgen befürchtet

Dem hätten sich alle Fraktionen uneingeschränkt angeschlossen. Die SPD stehe auch heute dazu. Nur ein Bürgerentscheid dürfe daran etwas ändern. Aber noch in derselben Legislaturperiode, also von denselben Gemeindevertretern, beantragten FWG, CDU und Grüne die Aufhebung, um damit den Weg zum Bau weiterer Windräder in Weilrod und als dramatische Folge auch auf den benachbarten Flächen in Weilmünster freizumachen.

Die SPD hat gegen die Beschlussaufhebung gestimmt. „Wir halten uns an das den Bürgern gegebene Wort, sagt der Vorsitzende Arno Hahn, und: „Nur ein anderslautender Bürgerentscheid darf daran etwas ändern.“

Die SPD unterstütze den Bürgerentscheid, bei dem über eine Erweiterung oder auch keine Erweiterung entschieden werden soll. Zudem fordert sie umfassende Aufklärung über die Anzahl der zusätzlichen und insbesondere der noch in Zukunft zu erwartenden Windkraftanlagen auf und neben Weilroder Gemeindegebiet sowie über das zu erwartende wahre Ausmaß.

In Summe gehe es um die Ergänzung der bereits heute elf installierten Anlagen auf zusätzlich (vorläufig) 19 Windräder zwischen Riedelbach, Emmershausen, Hasselbach, Haintchen und Wolfenhausen. Dabei sei ein Gebiet mit einer sehr guten Windhöflichkeit bei Hasselbach noch nicht einmal berücksichtigt.

„Wer hat die Büchse der Pandora geöffnet?“, fragt Hahn. Denn ein Argument, insbesondere der FWG, den Beschluss aufzuheben, sei gewesen, dass die Gemeinde Weilmünster auf dem Windkraftvorranggebiet Hartmannsholz/Laubus den Bau von Anlagen beschlossen hätte, und „da wäre es doch blöd, wenn Weilrod hier nicht auch noch Windräder dazustellen würde“. „Tatsache aber ist, dass erst durch die Beschlussaufhebung der Gemeinde Weilrod

vom 1. Juni 2020 die Gemeinde Weilmünster grünes Licht für die Windräder zwischen Wolfenhausen, Haintchen, Hasselbach und Emmershausen gegeben habe. In einer Bürgerversammlung am 28. August in Wolfenhausen sei klar ausgesagt worden, dass für den Windpark Hartmannsholz/Laubus nicht die Gemeinde Weilmünster Vorreiter gewesen sei.

Land profitiert am meisten

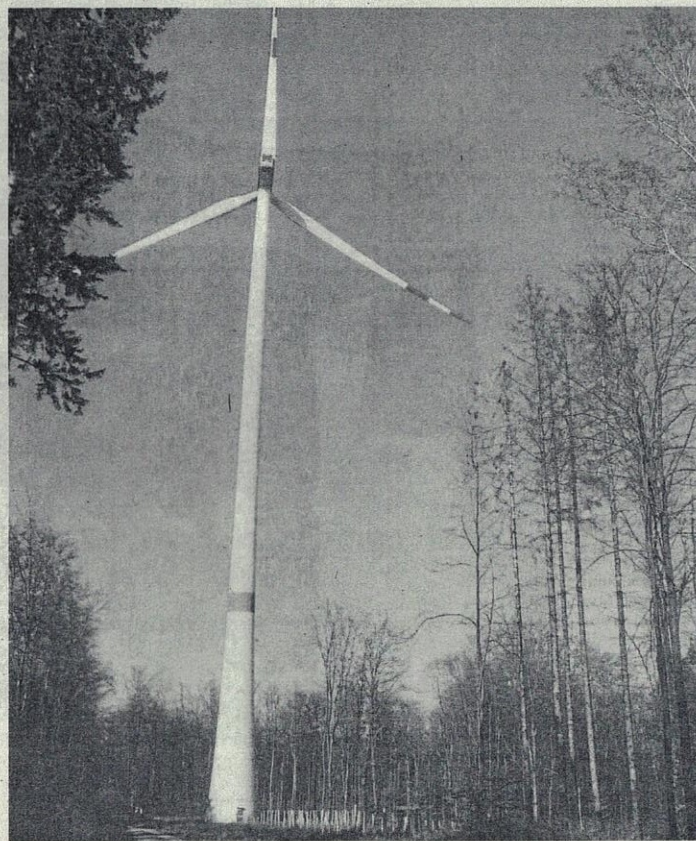
Die SPD Weilrod ist laut Hahn für erneuerbare Energien und Windkraft. Doch hätten die Weilroder bereits einen hohen Beitrag zur Energiewende geleistet. Mit den vorhandenen Windrädern erzeuge Weilrod doppelt so viel Strom, wie es selbst verbrauche. Wichtig sei auch, dass nicht die Gemeinde, sondern insbesondere Hessen Forst und damit das Land Hessen der größte finanzielle Nutznießer (bis zu elf Windkraftanlagen) sei.

„Die Planung und Realisierung von Windkraftanlagen darf nicht zulasten einzelner Kommunen/Dörfer erfolgen, um nicht, wie jetzt vorgesehen, Ortschaften wie Hasselbach von Windkraftanlagen zu umzingeln und weitere Windräder entlang der Rennstraße zu installieren“, so Hahn. Und weiter: „Warum sollte jetzt in der Pandemiezeit ein Projekt durchgepeitscht werden, ohne die Meinung der Bürger in Hasselbach, Emmershausen, Winden, Cratzenbach, Altweilnau und Riedel-

bach vorher einzuholen?“ Im Gemeindeparlament am 1. Juni hatte die SPD eine Bürgerbeteiligung erreicht. Diese solle aber nach dem Willen der übrigen Fraktionen erst nach Unterzeichnung des Vorvertrages mit den Betreiberfirmen stattfinden. Hahn bezeichnet das als „Unsinn“.

SPD-Vize Armin Klimmek findet es beispiellos, dass im schönen Vordertaunus wenig bis keine Anlagen vorhanden oder geplant seien. Es sei erschreckend, sich vorzustellen, dass im Hinterland noch bis zu zehn Windparks dazu kommen könnten. Hahn fordert deswegen eine bessere Abstimmung unter den Kommunen und den Regierungsbezirken, um eine gerechtere Standortverteilung zu erreichen. „Nicht eine Region überfordern, während andere gar keinen Beitrag zur Energiewende leisten.“

Klimmek ergänzt: „Ausgerechnet den zweitgrößten Naturpark Hessens mit Windrädern zu überziehen, ist ökonomisch wie ökologisch fragwürdig, auch wenn man weiß, dass für ein Windrad bis zu 1000 Bäume inklusive Transportwege gefällt werden und riesige Betonmengen in den Erdboden eingebracht und wohl auch für immer dort verbleiben werden.“ Die geplanten neuen Anlagen würden nochmals fast 50 Meter höher sein als die bisherigen Windräder. Es gebe momentan auch keine finanziellen Engpässe, die dieses Vorhaben rechtfertigen würden. **THOMAS KOPP**



Eines der Windräder, das von Abo Wind zwischen Cratzenbach und Riedelbach betrieben wird. Nach einem Beschluss des Gemeindeparlaments sollen nun weitere Anlagen hinzukommen. ARCHIVFOTO: KOPP